

In und um Herrieden: Einige kommunalpolitische und ähnliche Themen seit 2010

1.) Herrieder Glasfaserprojekt

Der Herrieder Bürgermeister verkündete, alle Herrieder Haushalte würden mit Glasfasern bis ins Haus erschlossen werden.

Zuerst war geplant, eine GmbH zu gründen, bei der eine Holsteiner Firma das Sagen hat, Tarife eigenmächtig erhöhen kann und die Gewinne mehrheitlich erhält, obwohl die Stadt bürgt, also das wirtschaftliche Risiko trägt. Beim Durchlesen der Unterlagen wunderte ich mich, dass die Stadt sich auf dieses Geschäftsmodell einließ. Die Holsteiner Firma ging bald darauf in Konkurs.

Nachdem trotz massenweiser Hausbesuche die erforderliche Anmeldequote für die GmbH nicht erreicht wurde, wurde versucht, eine Genossenschaft zu gründen, und gleichzeitig zahlreiche Geber größerer ungesicherter Darlehen (Nachrangdarlehen) zu gewinnen. Erst wurde den Darlehensgebern angedeutet, ihr Risiko sei durch die genossenschaftsrechtliche Nachschusspflicht der Genossen verringert, dann wurde gesagt, die Nachschusspflicht sei ausgeschlossen, was das Risiko der Darlehensgeber erhöht. Auch dieses Genossenschaftsmodell schlug fehl, mangels ausreichender ungesicherter Darlehen.

Schließlich beschloss die Stadt mit knapper Stadtratsmehrheit, das Glasfasersystem in Eigenregie selber zu bauen und für 10 Euro (plus Mehrwertsteuer) monatlich pro Hausanschluss an eine Firma zu verpachten, die die laufenden Einnahmen erhält. Nachdem nach Angaben der Stadt gut sieben Millionen Euro für 780 Glasfaseranschlüsse verbaut waren, wurde das Vorhaben abgebrochen. Hauptnutznießer sind Anwesen in kleinen Nebendörfern, Weilern und Einöden. Auch Nutznießer, aber nicht so richtige, sind Anwesen in großen Nebendörfern, in denen Glasfasern nur zwischen den in den Straßen bereits verlaufenden Kupferkabeln und den Anwesen verlegt wurden. Über 60 Prozent der Haushalte der Gesamtgemeinde wurden nicht angebunden.

Die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens sei angeblich durch den Wirtschaftsprüfer Dr. Körner bestätigt worden, den es jedoch nicht gab. Das Gesamtvorhaben war unwirtschaftlich, weil auf hohe staatliche Zuschüsse verzichtet wurde, weil Glasfasern mit der Zeit – besonders in dünn besiedelten Bereichen – durch G5-Funklösungen ersetzt werden, und später durch SpaceX-Satellitenlösungen, auch weil vorhandene teure Leitungen „weggeworfen“ wurden. Für das gleiche Geld hätte die Stadt mehr Haushalte in der dichter besiedelten Kernstadt erschließen können. Wie Kohl verkündete, die Wiedervereinigung bezahle sich selber, so verkündete der Bürgermeister unverdrossen, das Glasfaserprojekt bezahle sich selber. Die Presse begleitete die Stadt unkritisch, ja sogar wohlwollend.

In der großen Glasfaser-Werbeveranstaltung der Stadt in der Volksschul-Aula am 4.11.2010 verkündete der Bürgermeister, dass die geplanten reichlich zehn Millionen Euro Investitionskosten, auf die 2500 Herrieder Haushalte verteilt, pro Haushalt eine Belastung von 400 Euro verursachten, die mit 50 Euro monatlichen Anschlusskosten pro Haushalt bequem getilgt werden könnten, so dass Herrieden also auf die etwa 90-prozentigen Staatszuschüsse verzichten könne. Mein in der Versammlung vorgebrachter Einwand, dass ein Rechenfehler vorliege, denn die Kosten pro Haushalt betrügen 4000 Euro, nicht nur 400. Und diese 4000 könnten nicht mit 50 Euro monatlich getilgt werden, denn es fielen noch Zinsen und Unterhaltungskosten an. Der Bürgermeister schnitt mich

kraft seines Mikrofons ab und löste gleich die Versammlung auf. Mich wunderte, dass kein anderer der Anwesenden, auch kein Mathe-Lehrer, den simplen Rechenfehler gemerkt hatte. Meinen Einwand und meinen späteren Leserbrief verstanden einige. Übrigens betragen die Einnahmen 10 Euro netto pro Anschluss.

Das Glasfaserprojekt erwies sich als politisch vorteilhaft. Wie Seehofer die Landtagswahl 2013 mit dem Versprechen, die Ausländermaut einzuführen, 48 % der Stimmen erhielt und somit die Mandatsmehrheit erzielte, so gewann der Bürgermeister 2014 knapp seine Wahl mit dem Versprechen, alle, wirklich alle Herrieder Haushalte zuschusslos und wirtschaftlich rein mit Glasfasern anzuschließen. Es ist jedoch objektiv unbestritten, dass die glasfaserbedingten städtischen Schulden nicht rentierbar sind. Der städtische Tauschlandpool wurde abgebaut, und muss danach zum Nachteil der Nachwelt wiederaufgebaut werden. Happy End: Auch seinen ersten Landtags-Nachrückerplatz, der ihm bald nach der Wahl zu einem Landtagsposten verhalf, erzielte der Bürgermeister mit seinem angeblich vorbildhaft wirtschaftlichen Herrieder Glasfasernetz.

2.) Spielzeuglager

Erst spottete der Herrieder Bürgermeister über die Auracher, dass sie ihre guten autobahnnahen Flächen für Lageristen verschwenden, die kaum Gewerbesteuern zahlen und kaum Arbeitsplätze bieten, dann sorgt er aktiv für die Ansiedlung einer übergroßen Lagerhalle an seiner Autobahnanbindung.

Widerstände gegen das Spielzeuglager wurden durch das Versprechen überwunden, einen Vergnügungspark und einen Laden für verbilligte Spielzeuge zu erschaffen, wo später lange ein großer Humushaufen lag. Diese Versprechen wurden nie eingehalten, auch nicht, Hunderte von Arbeitsplätzen zu schaffen. Es handelt sich um ein High-Tech-Lager, bei dem die Frachtgüter automatisch in Hochregalfächer einsortiert werden, und auch entnommen werden.

Das vorhandene Playmobillager wurde baurechtswidrig auch auf einem öffentlichen Feld- und Waldweg gebaut, wodurch die Landwirtschaft beeinträchtigt wurde. Rechtlich ist diese unrechtmäßige Überbauung nichts anderes als eine Überbauung einer Autobahn. Wenn schon die Stadt dieses zum Vorteil des Bauwerbers übersah, so hätte dieses nicht auch das Landratsamt übersehen dürfen. Mich erinnert dieses an einen Spruch eines langjährigen Ansbacher Landrates in einer Bauernversammlung, der sagte, wenn seine Juristen einen Plan nicht unterschreiben wollen, so sollen die Bauern zu ihm selber kommen, denn es sei noch nie ein Landrat verurteilt worden, wenn er einen an sich nicht genehmigungsfähigen Plan unterschrieben hat.

Der geplante 42 Meter hohe Hochregalturm neben dem vorhandenen Lager wurde nicht gebaut, möglicherweise weil auch er auf einem Weg geplant war, dessen Wegfallen sehr große bäuerliche Umwege und somit recht hohe Entschädigungen verursacht hätte. Die örtlichen Grundstückseigentümer waren inzwischen sensibilisiert.

3.) Küchenmöbel-Werk II

Ich wandte mich gegen die Vergeudung der Herrieder autobahneinfahrtsnahen, somit ideal angebundenen, ebenen Fläche für das hochautomatisierte Spielzeuglager. Diese Fläche ist ideal für

Produktionszwecke, bringt dann etwa das Zehnfache an Gewerbesteuern ein, der Werksverkehr führt nicht durch besiedelte Bereiche. Ich dachte an den dortigen Neubau von Zweigwerken des Herrieder Küchenherstellers und des Herrieder Automatenherstellers. Ich verstand zuerst nicht, warum die Stadt die dortige Lager-Ansiedlung aktiv betrieb. Diese Lageransiedlung hat jedoch für die Herrieder Fabrikanten den Vorteil, dass es so weniger Konkurrenz um Fabrikarbeiter gibt, und dass zukünftig der Druck verringert wird, an der Autobahn anstatt im Süden der Stadt in der Nähe der vorhandenen Betriebe zu investieren.

Wie kommt man transparent und ausgewogen zu der Entscheidung, wo das etwa 20 Hektar beanspruchende Küchen-Werk II gebaut werden soll? Vergleich: Um letztendlich den einzigen raumverträglichen möglichen Standort „Feuchter Muna“ für das 35 Hektar große ICE-Instandsetzungswerk zu ermitteln, wurden, um die geeignetste Fläche unter Berücksichtigung von „Natur, Verkehr, Anwohner“ zu finden, aus zahlreichen vorgeschlagenen Standorten im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens 56 Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange und 17000 Stellungnahmen von Bürgern ausgewertet. Es fielen keine Entscheidungen in Hinterzimmern.

Die Standortentscheidung, Planung und Genehmigung für das Werk II erfolgte jedoch so intransparent wie für eine Garage.

Es verblieben nach der Genehmigung des Werkes II neben dem Werk I mindestens die folgenden drei Mängel: (a) Hochwassererhöhung z.B. zu Lasten von Leutenbuch, (b) Verringerung der Erholungseignung, (c) Lärmbelastung insbesondere im Bereich der Nürnberger Straße. Es wurde von der Stadt wiederholt mündlich angedeutet, aber nie geschrieben, dass für die Beseitigung der verbleibenden Mängel die Stadt zuständig sei. So wurden manche von Rechtsmitteln gegen die Baugenehmigung abgehalten. Bauanträge, die nicht alle bedeutsamen Aspekte behandeln, sind nicht genehmigungsfähig. Die Stadt förderte einen einzelnen Betrieb, was jedoch gesetzlich unzulässig ist.

Diese drei verbleibenden Probleme hätten, wenn das Landratsamt und die Stadt korrekt gehandelt hätten, im Rahmen einer Baugenehmigung mit behandelt werden müssen. Ich kann mir vorstellen, wie die Verwaltungsgerichtsbarkeit entschieden hätte, wenn Betroffene gegen die erfolgte Baugenehmigung geklagt hätten. Vergleich: Das geplante Lebensmittelgeschäft auf dem ehemaligen Strickereigelände übersteigt mit seinem Lieferverkehr gesetzliche Lärmgrenzwerte, so dass Anlieger das Geschäft erfolgreich gerichtlich verhinderten.

Der Projektsteuerer Wolf, der die Ausdrücke Werk I und Werk II prägte, sagte, das neue Werk II neben dem Werk I zu bauen, sei innerbetrieblich wegen der gemeinsamen Nutzung der Kantine und der Heizungsanlage sinnvoll. Aus städtebaulicher, also aus kommunaler und umweltfachlicher Sicht ist der Bau des Werks II jedoch an der Auracher oder auch an der Herrieder Autobahnanbindung (auch teilweise in Mittelbacher Flur) sinnvoll. Die Ausweisung von Bauflächen ist Aufgabe der Gemeinde, die bei ihren Abwägungen privaten Einzelinteressen, die öffentlichen Interessen zuwiderlaufen, nicht nachgeben darf. Es erwies sich jedoch der Einfluss der Küchenmöbelfirma auf die Stadt und das Landratsamt als sehr groß.

Zum verbliebenen Mangel „Hochwassererhöhung“: Das geplante Werk II liegt teilweise im Überschwemmungsgebiet, und großflächig im Retentionsgebiet. Das Wasser, das im Gebiet des Werkes II zurückgehalten wurde, wird nun die Altmühl herabgeschickt und beeinträchtigt unterliegende Dörfer, auch Leutenbuch. In der Baugenehmigung hätte der Hochwasserausgleich als Auflage oder Bedingung erscheinen müssen.

Zum verbliebenen Mangel „Verringerung der Erholungseignung“: Da die ortsnahen Erholungsflächen von Herrieden, die im Norden des Ortes liegen, durch Autobahnlärm beeinträchtigt sind, kommt der Erholung in den südlich des Ortes liegenden Flächen besondere Bedeutung zu. Diese

südlichen Flächen werden jedoch durch das Werk II beeinträchtigt: so verschwand unter diesem Werk der ruhige Kinderwegen-/Rollator-Rundweg vollständig, der im Wesentlichen aus dem Bahndamm und der Rother Straße bestand. Der neue verlärmte Weg direkt an der Rauenzeller Straße ist kein gleichwertiger Ersatz. Es hätte mindestens der etwa 100 Meter nördlich der Rauenzeller Straße verlaufende Schotterweg bis auf die Höhe des Rother Kreisverkehrs asphaltiert werden müssen, um wenigstens einen kleinen Ersatz für die verlorenen Wege zu erreichen. Die Erholungseignung würde weiter verschlechtert, würde die angedachte Straße zwischen dem Rother Kreisverkehr und der Herrieder Autobahnanbindung gebaut.

Zum Verbliebenen Mangel „Lärmbelastung insbesondere im Bereich der Nürnberger Straße“: Ich schrieb den Zahlenwert des erzeugten Lärmes und den zulässigen Lärmgrenzwert in Wohngebieten rechtzeitig in einen Leserbrief. Die Lärmbetroffenen legten gegen die Baugenehmigung des Werkes II keine Rechtsmittel ein, jammerten später jedoch lauthals über die Lärmmehrbelastung.

Das riesige Parkhaus wäre entbehrlich gewesen und die Umwelt würde weniger durch den „Arbeiterverkehr“ laufend belastet, wenn der Unternehmer seine Leute mit Bussen transportieren würde, wie es vorbildhaft der Autohersteller BMW in Dingolfing macht.

4.) Factory Outlet Center (FOC)

Es war vom ersten Tag an klar, dass das an der Autobahn geplante FOC in einer so kleinen Gemeinde wie Herrieden gesetzlich unzulässig ist. Trotzdem versuchte – letztendlich vergeblich - der Bürgermeister mit öffentlichem Druck wie mit Protestversammlungen mit vielen Bürgern, die Regierung zu ungesetzlicher Zustimmung zu veranlassen.

5.) Ratsbegehren als demokratisches Mittel bei strittigen Themen

Um Grundsatzentscheidungen in Hinterzimmern zu vermeiden, also um die Transparenz zu erhöhen, schlug ich Ratsbegehren vor für das Breitbandprojekt, den Kauf des „Stadtschlusses“ und die Ansiedlung des Spielzeuglagers an der Autobahn, später auch für die Landesgartenschaubewerbung und für die Verbindung von der Autobahn zum Rother Kreisverkehr. Nichts davon erfolgte, das Hinterzimmer siegte. Auch sollte es ein Ratsbegehren über den vom Küchenwerkseigentümer so gern gesehene großen Veranstaltungssaal im ehemaligen Brauerei-/Mälzerei-Gebäude geben, auch weil diese Entscheidung Auswirkungen auf den Umzug der Stadtverwaltung vom Rathaus in das ehemalige Brauerei-/Mälzerei-Gebäude hat.

6.) Herrieder Vordere Gasse

Dem damaligen Zeitgeist entsprechend verschmälerte die Stadt in den 1980er Jahren die beiden fußgängerfreundlichen Gehsteige der Vorderen Gasse zu Lasten von Parkstreifen stark, machte sie damit fußgänger-unfreundlich. Vorher parkten Autos auf der Straße und verzögerten so den Verkehr dort. Durch den Umbau wurde die Nutzungsqualität für Fußgänger stark eingeschränkt, man ging nicht mehr so oft zu Fuß dort, und der Verkehr auf der Straße wurde beschleunigt, wodurch

Straßenquerungen für Fußgänger gefährlicher wurden. Wo sich der Fußgänger wohl fühlt, kauft er auch gerne ein. Durch die Anlage von Fußgängerzonen steigt in München der Einzelhandelsumsatz der dortigen Läden stark an. Der Rückbau der beiderseitigen Parkstreifen in der Vorderen Gasse in den ursprünglichen Zustand ist überfällig.

7.) Städtische Finanzen

Der Küchenhersteller wird wegen seiner Investitionen weniger Gewerbesteuern bezahlen, die hohe Kreisumlage bleibt aber noch eine Zeit lang bestehen, der begonnene Umbau der Burgruine wird viel Geld benötigen, so dass für die Stadt ab 2020 das Geld knapper wird. Vorausschauende Bürgermeister und Kämmerer hätten für diesen Fall durch Rücklagen vorgesorgt. Die sieben Millionen Euro teure Glasfaserverkabelung der Außenorte für knapp 40% der Herrieder Haushalte wurde zu einem beträchtlichen Teil durch Landverkauf finanziert, so dass ein Tauschlandpool erst wiederaufgebaut werden muss.

8.) Städtische Landschaftspflege

Es ist wichtiger, dass die Stadt die ihr zum Unterhalt geschenkten zahlreichen Flurbereinigungs-Pflanzflächen und auch Flächen für Wegebegleitpflanzungen unterhält, ggf. nachbepflanzt, als neue Pflanzflächen anzulegen. Die Stadt hat alle Unterlagen über diese Pflanzflächen bekommen und dann archiviert. Viele dieser Pflanzungen verschwanden wegen der wiederholten Aussage: „Ich liebe Bäume, aber Bäume gehören in den Wald“.

9.) Verwirrende Namensgebungen

Die Herrieder Kirche wurde 2010 wegen seiner Missionierungsaufgaben zur „basilica minor“ (Kleinbasilika) erhoben, im Gegensatz zu den sieben „basilica majores“ (Großbasiliken), wie der Petersdom in Rom. Wenn der Pfarrer der Herrieder Kirche diese als Basilika bezeichnet, ist das so, wie wenn ein Unteroffizier sich als Offizier bezeichnet. Auch die Bezeichnung „Stiftsbasilika“ ist verwirrend, denn ein Stift ist ein Kloster mit viel Agrar- oder zumindest viel Gartenfläche herum. Herrieden ist aber seit der Säkularisation 1803 kein Stift mehr. Der fremde Besucher ist enttäuscht, dass um die Kirche keine großzügigen Gärten oder Parks liegen.

Das sogenannte Herrieder Schloss war nie ein Schloss, sondern eine Burg (=mindestens mit Wehrmauer, Brunnen und Palas=Wohngebäude), war vor den aktuellen Baumaßnahmen eine „Burgruine mit integrierten verlassenen Agrar- und Brauereigebäuden“. Ein Schloss ist ein repräsentatives Wohngebäude eines Adelsgeschlechtes ohne notwendige Wehrmauer. Das Herrieder Adelsgeschlecht gibt es seit 1316 nicht mehr. Ein Umbau von einer Burg zu einem Schloss erfolgte nie. Burgen wurden grob um 1600 teilweise zu Schlössern mit dem Aufkommen von Distanzwaffen umgebaut.

10.) Geißler

Der Eichstätter Bischof ließ 1382 bei Stadel 600 Geißler niedermetzeln. Die Geißler geißelten sich selber, da sie wegen Krankheiten und Seuchen - wie die europaweite Pest um 1350 - das baldige Ende der Welt kommen sahen. Bei Stadel stehen drei Kreuze zur Erinnerung an die kirchlichen Geißlermorde, deren sich die Kirche heute ungern erinnert. Die Opfer von damals haben heute keine Lobby, ähnlich wie die vielen Anhänger des römischen Götterkultes, die umgebracht wurden, nachdem das Christentum im Römischen Reich zur Staatsreligion erhoben wurde.

11.) Verkehrspolitik

Dass das Autobahnstück von Roth bis zum Feuchtwanger Kreuz als letztes zwischen Nürnberg und Heilsbronn verbreitert wird, liegt am defizitären politischen Einfluss der hiesigen Abgeordneten der Partei, die jahrelang den Bundesverkehrsminister (Ramsauer, Dobrindt, Schmidt, Scheuer) stellte. Das westlich davon in Württemberg liegende Stück verläuft in dünner besiedeltem Gebiet, wird jetzt aber eher verbreitert und wurde einst als letztes gebaut.

Dem gleichen schwachen politischen Einfluss ist zu verdanken, dass der Ansbacher Bahnhof - verglichen mit Bahnhöfen ähnlich großer Städte - so spät und die Bahnstrecke von Dom- bis Dinkelsbühl noch nicht und die S-Bahn-Umlenkung Crailsheim so spät gebaut werden.

12.) Kliniken

Deutschland hat EU-weit mit die meisten Krankenhausbetten, Klinikärzte und Operationen sowie mit die meisten Toten durch Krankenhauskeime (jeweils pro Einwohner). Nach der „Wiegeling-Studie“ ist in Kliniken mit unter 50 Dickdarm-Krebsoperationen die Sterbewahrscheinlichkeit reichlich verdoppelt, was für die Aufgabe kleiner Kliniken spricht. Die deutsche Krankenhausgesellschaft empfiehlt daher Dickdarm-Krebsoperationen nur in Kliniken mit jährlich mindestens 50 derartigen Operationen. Je öfters ein Arzt eine Operation macht, desto fehlerärmer arbeitet er. Allein daher dienen kleine Krankenhäuser nur eingeschränkt der Volksgesundheit. Investitionen in kleine Krankenhäuser sind daher wenig sinnvoll. Nach Lauterbach müsste jede zweite Klinik schließen, dann hätten die übrigen mehr Operationen pro Operationsart, mehr Personal und geringere Fallkosten. Der Nachteil einer Konzentration der Kliniklandschaft ist der erhöhte Krankentransportaufwand auf dem Land- und auf dem Luftweg, und dass sich so mancher Landbürgermeister nicht mehr seines Krankenhauses erfreuen kann.

Grundlegende Beschlüsse setzen eine Dreiviertelmehrheit der hiesigen Verwaltungsräte voraus, so dass die Rothenburger und Dinkelsbühler ein Vetorecht gegen die Auflösung ihrer Krankenhäuser haben. Die Stadt Ansbach ist mitgefangen in diesem unwirtschaftlichen Konstrukt (Geburtsfehler). Besser wäre es gewesen, wenn als Verwaltungsräte externe Fachleute eingesetzt wären, die mehr der Wirtschaftlichkeit und der Volksgesundheit verbunden wären und weniger einem bürgermeisterlichen Kirchturmdenken.

13.) Denkmäler

Da Ansbach für seinen Marius, Leutershausen für seinen Weißkopf und Dinkelsbühl für seinen Schmid je ein großes Denkmal hat, schlug ich Feuchtwangen eines für Soldner vor, spätestens zu seinem 250. Geburtstag 2026. Soldner war ein wichtiger Geodät („Soldnerkoordinaten“) und Astronom (Entdeckung der Lichtablenkung durch Himmelskörper). Marius entdeckte (mit einem damals neu auf dem Markt erschienen Fernrohr etwa zeitgleich mit Galilei) Jupitermonde, wodurch das damals noch vorherrschende geozentrische Weltbild erschüttert wurde. Schmid war Jugendbuchautor und Kinderlieddichter („Ihr Kinderlein kommet“). Weißkopfs Leistungen sind nicht abschließend bewiesen, trotzdem hat er mit öffentlichen Mitteln ein sehr großes Denkmal bekommen und bekommt nun auch zusätzlich noch ein Museum. Je ungesicherter der Ruhm, desto größer das Denkmal. Von diesen vier Genannten war wohl Soldner der genialste, was aber seine Heimatstadt wenig berührt, denn sonst hätte er schon längst ein Denkmal erhalten.

Gesichert ist der Flug des Brasilianers Dumont 1906 bei einem großen öffentlichen Flugwettbewerb in Paris. Ungesichert ist das Datum 1903 des Erstfluges der Brüder Wright, gesichert ist deren Flug an sich; es gibt Fotos vom Flug und es gibt gesicherte Flüge ab 1907. Ungesichert sind sowohl das Datum als auch der Flug an sich des Fluges im Jahr 1901 des in Leutershausen geborenen Weißkopf. Es gibt kein Foto vom Flug. Wenn Weißkopf geflogen wäre, hätte er, allein um Ruhm und Geld zu erzielen, seinen Flugapparat weiterentwickelt und hätte nicht nach dem angeblichen Erstflug aufgehört. Weißkopf starb verarmt 1827. Die Flügelfläche des Weißkopf-Apparates war halb so groß wie die von Wright und Dumont. 1901 gab es noch keine recht starken und zugleich recht leichten Motoren, die den wenig aerodynamischen Flugapparat mit geringer Flügelfläche in der Luft halten konnten. Verdächtig ist, dass der Weißkopf-Flug im Dritten Reich ausgegraben wurde, zumal Leutershausen die dritte Stadt im Reich war, die Hitler zum Ehrenbürger ernannte (wobei im Gegensatz zu den beiden anderen Städten – Coburg und Neustadt/Aisch - der Stadtratsbeschluss von Leutershausen mangels SPD einstimmig erfolgte), und zumal Leutershausen eine der sehr wenigen bayerischen Städte war, die 1946 mehrheitlich gegen die bayerische Verfassung stimmte. Die Ehrenbürgerschaft Hitlers wurde in Coburg und Neustadt/Aisch 1946 aberkannt, in Leutershausen erst 1948. Manche Leutershäuser hofften damals auf eine Rolle rückwärts. Nach dem Krieg gab es den Spruch, es gebe fränkische Kleinstädte, in denen Hitler als Mitläufer entnazifiziert würde. Der Ansbacher Weißkopf-Verein hat die Anerkennung der Leistungen von Weißkopf als satzungsgemäßes Ziel, erforscht und veröffentlicht demnach nicht neutral, ist aber sehr durchsetzungsstark.

14.)Covid 19

Als ich am 20.10.21 zum Boosten im Ansbacher Impfzentrum war, war ich recht alleine dort. Ich wollte Leute aus meinem Umfeld mitnehmen, diese lehnten aber ab, weil die Politiker die Lage wie abgesprochen als gut ansahen, denn die Krankenhausampel stand auf grün. Außerdem forderte der Bundesgesundheitsminister die Aufhebung der epidemischen Notlage von nationaler Tragweite, weil er nur auf die grüne Krankenhausampel schaute. In Wirklichkeit stieg die herbstliche Inzidenz seit gut einem Monat deutlich an, war dreimal so hoch wie im Vorjahr. Die Gesundheitsminister übersahen, dass Krankenhauseinlieferungen zeitlich verzögert nach den Ansteckungen erfolgen, also die Krankenhausampel später reagiert als die Ansteckungsinzidenz. Leider verlassen sich die Bürger auf Politiker, die auch keine Statistiken lesen können. Etwa am 1.11.21 verkündeten Gesundheitsminister plötzlich, die Lage sei ernst, so dass daraufhin Schlangen im Impfzentrum entstanden, und zwischenzeitlich viele starben. Die Gesundheitsminister gaben ihre Fehler nie zu, gebrauchten später

teilweise die Ausrede, dass die ihre Impfaufforderungen im Wahlkampf zur Bundestagswahl 26.9.21 untergegangen seien.

15.)Jagd

Konventionelle Jagd ist teure Mast mit Baumspitzen auf fremder Fläche. Der jagdwirtschaftliche Ertrag ist maximal bei maximaler Rehwilddichte und damit bei maximalen Schäden an Bäumchen. Welcher wirtschaftlich denkende Bauer lässt schon seinen Stall ohne Not leer stehen? Der Jäger müsste alle Kosten für die Wildschutzzäunung (u.Ä.) tragen (Verursacherprinzip). Ohne Wildfütterung bricht in langen, kalten Wintern die Rehwilddichte auf ein natürliches Maß zusammen, so dass dann einige Jahre lang der Wald die Chance zur natürlichen Vermehrung hat. Der den Wald und die Umwelt schonende Jäger müsste viel mehr jagen und dürfte nicht füttern. Nur 4,8 Prozent der mittelfränkischen Jagdreviere – oft Staatswaldreviere - hat einen dem Wald angepassten Rehwildbestand. Bei angepasstem Wildbestand entsteht ein alters- und artenmäßig gemischter und somit gesünderer, mehr CO₂ bindender Wald, entsteht Unterholz, das die Bodenwasserverdunstung erschwert und auch die Waldbrandgefahr und Dürreschäden verringert. Bei mehr Bodenfeuchtigkeit sind die Bäume gesünder, es gibt geringere Käfergefahr. Bei angepasstem Wildbestand gibt es auch viel weniger Wildunfälle mit Autos.

Die Alternative für die Verpachtung an gewinnorientierte Jäger ist Eigenbewirtschaftung durch die Jagdgenossen. Eigenbewirtschaftung gibt es in Staatswäldern und sporadisch in ostbayerischen Bauernwäldern. Es gibt dabei zwar einen erhöhten Aufwand für die Genossen, aber auch erhöhte Einnahmen für die Genossen, und vor allem weniger Waldbeeinträchtigungen durch Wildverbiss.

Nach Art. 1 Abs. 2 Nr. 2 Bay. Jagdgesetz gilt „Wald vor Wild“. Verstöße dagegen werden jedoch nicht bestraft, dagegen wird die Jagdwilderei härter als Diebstahl bestraft. Die bayerische Jägerlobby ist schon mächtig. Die Parteibücher der Jägerlobbyisten sind nicht breit gestreut.

16) Landwirtschaft

Über Jahrhunderte pflegten die Bauern ihren Boden, reicherten ihn mit Humus an. Kunstdünger und Biozide dagegen mindern den Humusgehalt, setzen nach oben CO₂ und nach unten Nitrat frei, fördern suchartig den Kunstdünger- und Biozidbedarf. In unserer Agrarlandschaft seltene Arten haben sich über Jahrhunderte hinweg auf eine kunstdünger- und biozidfreie Landwirtschaft mit geschlossenem Nährstoffkreislauf hinevolutioniert, also auf eine Landwirtschaft, die unserer Biolandwirtschaft entspricht. Separierte Artenschutzflächen leisten nicht so guten Artenschutz, der beste Artenschutz in der Agrarlandschaft ist Biolandbau, der allerdings 40% geringere Erntemenge als der konventionelle Landbau erzielt. Das Problem ist der laufende chemische, genetische und technische Fortschritt der konventionellen Landwirtschaft, der zu durchschnittlich 20-prozentigen Weizen-, Milch- und Schweinefleisch-Überschüssen auf immer kleinerer Fläche führt, und gleichzeitig zu immer stärkeren Beeinträchtigungen von Boden, Wasser, Luft und Klima. Die Landwirte wollen an den entbehrlich werdenden Flächen verdienen, was durch hochsubventionierte Blühstreifen und Pflegeflächen sowie mit umweltbelastenden Energiepflanzen möglich ist; diese Flächen stellen über 15% der Agrarflächen dar. Wer Blühstreifen, Pflegeflächen und Energiepflanzen unterstützt, verfestigt die konventionelle Landwirtschaft und lenkt von ihren Umweltbelastungen ab, verfestigt

deren Umweltbelastungen. An der besseren Alternative, dem flächendeckenden Biolandbau, haben jedoch weder das Chemiegewerbe (wg. Entbehrlichkeit) noch vorhandene Biobauern (wg. Konkurrenzunahme) Interesse, und auch nicht Artenschützer (wg. Entbehrlichkeit). Das Integrationsmodell ist aus Umweltschutzgründen dem vorherrschenden Segregationsmodell vorzuziehen.

17) Artenschutz

Jede Begünstigung einer Art führt grundsätzlich zu Beeinträchtigungen anderer Arten, teilweise auch seltener Arten. Artenschutz kann somit die Nachfrage nach Artenschutz erhöhen.

Die hiesigen Weißstörche sind klimawandelbedingt oft von Zug- zu Standvögeln geworden, und bedienen sich im Spätwinter und Frühjahr auch der Eier und Küken von Wiesenbrütern (wie Kiebitz und Brachvogel), die teilweise einen höheren Schutzstatus haben als die Störche. Die Storchenberingung schadet Störchen, da sie ihre Beine entlang koten; an der Beringung kann es zu tödlichen Verletzungen kommen. Artenschutzrechtlich ist eine derartige Störung unzulässig; es gibt auch keine Ausnahme zugunsten von Naturschützern.

Wird unsere mitteleuropäische Honigbiene – z.B. durch Zuckerfütterung – stark gefördert, so konkurriert sie viele andere der etwa 500 Bienenarten weg, auch solche, die bei kälteren Temperaturen als die Honigbiene bestäuben können, und auch solche Bienenarten, die Blütenformen bestäuben können, die die Honigbiene nicht bestäubt. Eine starke Förderung der Honigbiene beeinträchtigt die summarische Bestäubungsleistung der Bienen und beeinträchtigt andere, auch seltene Bienenarten.

Der Biber vergrößert durch seine Fälltätigkeit seinen Lebensraum aktiv selber zum Nachteil der Land- und der Forstwirtschaft, teilweise auch zulasten seltener Arten. Beispiel: Am Zusammenfluss von großem und kleinem Aurachbach bei Neunstetten wurde die mangels Nährstoffeintragungen aus Agrarflächen sehr artenreiche Tümpelfläche nach Auskunft der unteren Naturschutzbehörde durch den Biber „zerstört“, also artenverarmt. Der Rückbau ist überfällig.

Botaniker und Zoologen haben unterschiedliche Vorstellungen von Hecken: Botaniker sehen Gehölze als Barrieren zum Schutz von kleinräumigem, magerem, lichthem Offenland an, auf dem sich seltene Pflanzen ansiedeln können; dabei soll auch die Gehölzauswahl möglichst artenreich sein, so dass insgesamt die Artenanzahl maximal ist. Zoologen wünschen sich dagegen dornen- und stachelreiche, großvolumige, auch recht pflanzenartenarme Heckengehölze, denn dann können dort sehr viele Vogel- und Insektenarten leben. Da gemeindliche Bauhöfe meist von Gärtnern, also Botanikern, geleitet werden, setzen sie gerne Hecken auf den Stock, fördern somit Pflänzchen, auch seltene, auf den gerodeten Flächen, aber beeinträchtigen massiv Vögel und Insekten. Wenn Botaniker über das Insektensterben klagen, haben sie daran oft selber mitgewirkt.

Im Artenschutz-Volksbegehren 2019, verfasst von Naturschützern, ist unbestimmt vom Schutz der „hochstämmigen Obstbäumen“ die Rede. Wegen ihre Formulierungsmangels dürfen sich Naturschützer nicht aufregen, wenn Obstbäume mit Astansatz von z.B. 170 cm massenweise abgesägt werden.

Unter den etwa 240 Vogelarten ist der Riesenalk die einzige Art, die es in Europa gab und die seit dem Beginn der Artenregistrierung (= Napoleonzeit) ausstarb, und auch nicht in Nachbarkontinenten überlebte (Totalverlust); die letzten Riesenalke wurden im 19. Jahrhundert von Ornithologen getötet

und gesammelt. Dieses ist ein Hinweis, dass das Artenaussterben in Europa geringer ist als von manchen suggeriert wird.

18) Erneuerbare Energie (Politik)

Allerspätestens seit der Genfer UNO-Klimakonferenz 1979 ist der Klimawandel allen Politikern und Naturschützern bekannt. Naturschützer schoben aber den Klimaschutz zur Seite – genauso wie sie den Schutz des Bodens und des Wassers sowie die Erholungssicherung zur Seite schieben – weil sie das Primat des Schutzes seltener Arten bedroht sahen. Seit Greta und Rezo 2018/19 hat sich jedoch ein Bewusstseinswandel durchgesetzt. Bisher geht lediglich das Recht der Verteidigung und das Seuchenrecht dem Naturschutz vor, es sollte auch das Recht des Klimaschutzes dem Naturschutz vorgehen. Infolge der angeblich hohen Wertigkeit des Artenschutzes boykottierten Artenschützer das angedachte Windrad im Stadelner Forst, da dort angeblich ein Fischadlerpaar gesehen wurde.

Im Juni 2011 verkündete Seehofer sehr zum Missfallen von Artenschützern: „Der Umstieg wird von uns allen große Anstrengung verlangen“ und „Die Menschen in Bayern wissen: zur Energiewende gehörender Ausbau von Netzen, von Photovoltaik, und Windenergie, von Biomasse und Wasserkraft und der Bau neuer Pumpspeicherkraftwerke.“ Bald darauf wandte er sich gegen die geplanten „Monstertrassen“ mit den Worten, erst müssen alle Belange der Stromproduktion in Bayern gelöst werden, dann kann man – wenn überhaupt notwendig – über zusätzliche Leitungen reden. Und 2014 verhinderte er mit seiner 10H-Regel faktisch den Neubau von Windrädern. Die windhöffigen Bereiche auf Bergkuppen sollten aber nicht durch Artenschutzvorschriften und durch die 10H-Regel zunichtegemacht werden.

Noch im Januar 2022, also quasi am Vorabend des Russeneinfalls in die Ukraine, verkündete Söder, „Gaskraftwerke sind die einzige Möglichkeit, um Preisstabilität bei der Energieversorgung sicherzustellen.“ An erneuerbare Energie dachte er damals immer noch nicht, dachte immer noch nicht an den Klimawandel durch fossile Brennstoffe.

Söder kündigte 2022 Ausnahmen von der 10H-Regel längs Autobahnen, Eisenbahnlinien und Gewerbeflächen, sah damit einen wichtigen Durchbruch für neue Windräder. Da die Windenergienutzung mit der dritten Potenz der Windgeschwindigkeit steigt, sind in Bayern – außer auf größeren Ebenen – Windräder nur auf Bergkuppen sinnvoll. Und dort gibt es kaum Autobahnen etc. Also geht die Ankündigung von Söder ins Leere.

Im Sommer 2020 kündigte Söder „die größte Solarinitiative an“, die Bayern je erlebt hätte, „auf den Neubauten“, bei Gewerbebauten ab 2021, bei Wohnbauten ab 2022. Mit solchen Ankündigungen stellt die Regierung das Volk eine Zeit lang ruhig.

Im März 2022 verkündet Söder, er wolle 500 Windräder bauen. Im April 2022 verspricht Söder: „Wir werden rund 800 Windräder auf den Weg bringen.“ Im Dezember 2022 redet Söder nur noch von 340 Windrädern. Auch mit solchen Ankündigungen stellt die Regierung das Volk eine Zeit lang ruhig.

Im November 2022 verkündet Söder an einem LHG-Terminal auf der Insel Krk in Kroatien: „Wir müssen unabhängig von Russland, aber auch unabhängig vom Norden werden.“ Wegen dieses Denkens verhinderte er die „Monstertrassen“, also die Gleichstromhochspannungsleitungen vom Norden, wo es Energieüberschuss gibt, in den Süden mit seinem Energiemangel.

Z.B. Niedersachsen hat viel an grünem Strom, Bayern dagegen einen großen Mangel daran, so dass für Bayern viel Kohle und Gas verbrannt werden muss, was dem Klima schadet. Bayern fördert somit

den Meeresspiegelanstieg zum Nachteil von Niedersachsen. Bayern ist mehr als Norddeutschland der Gefahr von Stromabschaltungen ausgesetzt. Es sollte aber bayerische Politik sein, Schaden von Bayern abzuwenden. Eine deutlich höhere CO₂-Steuer würde zum zügigerem Bau von Windrädern anreizen, auch in Bayern, denn es ist, zumindest in Bayern, schon zehn vor Viertel eins.

19) Erneuerbare Energie (Abschätzungen)

In unseren Flurlagen kann erneuerbare Energie gewonnen werden durch Windräder, Freiflächenphotovoltaik (FFP) und Energiepflanzenanbau. Pro erzeugter Energiemenge verbrauchen Windräder die geringsten Flächen. Flächensparender als Energiepflanzenanbau ist Freiflächenphotovoltaik, die auf gleicher Fläche durchschnittlich etwa 40mal so viel Energie erzeugt. Windräder und Freiflächenphotovoltaik beeinträchtigen nicht das Grundwasser, Energiepflanzen dagegen schon. Freiflächenphotovoltaik-Flächen können als Schafhutungsflächen genutzt werden und somit seltenen Arten dienen. Der Energiepflanzenanbau wird landwirtschaftlich hoch gefördert. Noch wirtschaftlicher als Freiflächenphotovoltaik sind Windräder, denn sie produzieren auch nachts und im Winter Strom, also eher dann, wenn der Strom gebraucht wird; Windstille ist seltener als defizitärer Sonnenschein.

Strom aus Windrädern und Freiflächenphotovoltaik ist billiger herzustellen als aus Brennstoffen, und auch aus Kernkraftwerken, wenn ihre Risiken und Nachfolgelasten mit eingerechnet werden. Denn der Wind weht kostenlos und die Sonne scheint kostenlos. Wir hätten bereits mehr Stromangebot aus Windrädern und Photovoltaik, wenn die bürokratischen Hürden zu deren Bau geringer gewesen wären und wenn die regionalen Netze besser ausgebaut worden wären. Diese Hürden wurden von Klimaskeptikern und Atomfreunden errichtet.

Deutschland importiert 70% seiner Energie, und muss - grob abgeschätzt - keine Energie mehr importieren bei fünfmal mehr Windrädern und Photovoltaikplatten. Deutschland verbraucht grob 2500 TeraWh Energie pro Jahr (Tera=10 hoch 12), also etwa 30 MegaWh pro Kopf jährlich. Ein Windrad an Land erzeugt jährlich grob 5 GigaWh Strom (Giga=10 hoch 9), ein modernes auf See das Zehnfache; 10 qm Photovoltaik erzeugt jährlich grob 1 MegaWh (Mega=10 hoch 6). Würde die deutsche Agrarfläche vollständig mit Energiepflanzen angebaut werden, so deckte dieses grob ein Zehntel des deutschen Energieverbrauches ab. Der deutsche Energieverbrauch wird erzeugt, wenn ein Viertel der deutschen Agrarfläche mit Photovoltaik versehen wird. Ein Windrad erzeugt etwa so viel Energie wie etwa 5 Hektar Photovoltaik. Zentrales, da flächensparendes Mittel zur Energiegewinnung ist also das Windrad. Ein Land, das Windräder ausbremst, versündigt sich am Gesamtstaat.

Es besteht die Gefahr, dass die besten Lagen für Windräder durch Großinvestoren besetzt werden, genauso wie die am höchsten subventionierten Freiflächenphotovoltaikflächen an den Autobahnen - zumindest im Herrieder Bereich - bereits von Großinvestoren besetzt wurden. Bürgereigene Anlagen erhöhen deren Akzeptanz.

In trockenen Jahren (wie 2018) sollte Mais zur Fütterung und nicht als Energiepflanze verwendet werden, anstatt die Bauern wegen Futtermangels zu entschädigen.

20) Verwertung land- und forstwirtschaftlicher Rest- und Abfallmengen

Wenn Pellets aus Holz gewonnen werden, das beim Durchforsten anfällt, ist das genauso wenig problematisch wie wenn „Biostrom“ aus landwirtschaftlichem Abfall gewonnen wird.

Wenn Holz als Bauholz verwendet wird, bleibt CO₂ über Jahrzehnte gebunden. Wenn Holz zur Verbrennung verwendet wird, wird CO₂ dabei frei, muss man Jahrzehnte warten, bis wieder CO₂ in gleicher Menge gebunden wird. Außer CO₂ entsteht CO, Methan, NO_x, Ruß. In Anbetracht des hohen Energiepreises besteht die Gefahr des weiteren hochsubventionierten Raubbaus an Wäldern für die industrielle Pelletproduktion.

Der Energiepflanzenanbau lohnt sich nur dank der hohen EU-Flächensubventionen und der hohen EEG-Umlage. Energiepflanzenanbau belastet nicht nur das Grundwasser und den Boden, sondern auch das Klima, weil bei der Vergasung stets mehr oder weniger viel Methan entweicht, und weil zur Herstellung von Kunstdünger viel Energie erforderlich ist. Energiepflanzen beanspruchen über ein Zehntel der deutschen Agrarfläche, führen damit zur Intensivierung der übrigen Agrarfläche, beeinträchtigen allein durch diesen indirekten Effekt Klima, Boden und Wasser, treiben die Trinkwasserpreise an.

21) Stromnetze

Der Stromleitungsbau darf nicht dem Bedarf hinterherhinken, sondern muss vorausschauend erfolgen. Es darf nicht sein, dass Windräder wegen Leitungsüberlastung stillstehen, und dass Windräder und Freiflächenphotovoltaik mangels Anschlussleitungen nicht arbeiten können. Da nicht stets überall Wind weht und nicht stets überall Sonne scheint, müssen diese Anlagen örtlich verbunden werden, um örtliche Defizite durch Überschüsse an anderer Stelle auszugleichen. Der Stromleitungsbau hinkt in Bayern – zentral beeinflusst? – dem Bedarf weit hinterher, stärker als dem Neubau von Windrädern und Freiflächenphotovoltaik. Z. B. in Niedersachsen wurden in den vergangenen Jahren ausreichend regionale Stromleitungen gebaut, was zur Erhöhung des dortigen Strompreises geführt hat. Diese Erhöhung kommt auf Bayern noch zu.

22) Problematischer Glücksmaßstab

Fernwasserfirmen leben davon, dass das Grundwasser verschmutzt wird. Je mehr Grundwasser verschmutzt wird, desto mehr Fernwasserleitungsbau ist erforderlich und auch Wasseraufbereitung, desto mehr steigt das Bruttosozialprodukt, der zentrale Maßstab für das Glück des Volkes. Konventionelle Landwirtschaft beeinträchtigt mit seinen Kunstdünger- und Biozideinträgen den Humus im Boden, sorgt damit für verstärkte Nachfrage nach Kunstdünger und Bioziden, der Boden wird süchtig nach diesen Einträgen. Konventionelle Landwirtschaft beeinträchtigt das Grundwasser und erhöht damit den Trinkwasserpreis. Konventionelle Landwirtschaft benötigt allein für die Kunstdüngerherstellung viel Energie, was das Klima beeinträchtigt. Konventionelle Landwirtschaft beeinträchtigt auf vielfache Weise die Umwelt, was früher oder später zu Mehrkosten für die Gesellschaft führt, also zur Erhöhung des Bruttosozialproduktes. Wird an jede Sitzbank eine Parkuhr gestellt, steigt damit das Bruttosozialprodukt; steigt damit auch das Glück des Volkes?